



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

P/VII/236 - 11.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Bundestagssendungen des NWDR	S. 1
Italiens Sozialisten - nach dem Parteitag von Genua -	S. 3
Zu Feststellungen Edens	S. 5

Warum so empfindlich ?

J.F.W. Mit dem Anlaufen des Winterprogramms will der NWDR eine einschneidende Änderung in seinen politischen Sendungen einführen: Die Ausschnitte aus der Bundestagsdebatte, die Mittwochs und gelegentlich auch Sonntags übertragen wurden, sollen wegfallen. An ihre Stelle beabsichtigt der NWDR referierende Berichte seiner Bonner Korrespondenten zu setzen, die durch Vorträge einzelner Abgeordneter und die schon bisher üblichen Interviews und Rund-Tisch-Gespräche ergänzt werden sollen.

Die Übertragungen von Ausschnitten der Bundestagsdebatten gehörten zu den beliebtesten politischen Sendungen des NWDR. Das erhärten die Hörerumfragen des Senders, das beweisen zahlreiche Zuschriften und das zeigt sich jetzt in dem allgemeinen Bedauern, auf das die Absicht des NWDR, diese Sendungen einzustellen, stößt. Der NWDR begründet sein Vorhaben mit dem Hinweis auf die heftige Kritik, die diese Übertragungen in politischen Kreisen erfahren haben. Daran ist zweifellos etwas Wahres. Besonders im Kanzleramt und in den Redaktionen der Regierungspresse hatte man sich angewöhnt, diese Sendungen mit der Stoppuhr in der Hand zu verfolgen, und gewaltigen Lärm zu schlagen, wenn die Ausführungen eines Abgeordneten der Opposition einige Sekunden länger übertragen wurden als die Rede eines Regierungssprechers. Der Vorwurf mangelnder Objektivität des NWDR war noch das mildeste Argument, das bei solchen Kampagnen gebraucht wurde.

Selbstverständlich kann es nicht ausbleiben, daß in einer halbstündigen Ausschnittsendung, die dem Rundfunkhörer das Wesentliche einer vielstündigen Debatte vermitteln soll, einmal diese und einmal jene Fraktion nicht so zu Gehör kommt, wie es wünschenswert wäre. Noch häufiger werden sich einzelne Abgeordnete übergangen fühlen, die glaubten, besonders gewichtige Argumente beigetragen zu haben. Solange dem NWDR von keiner Partei der stichhaltige, weil nachgewiesene Vorwurf gemacht werden kann, daß er in den Ausschnittsendungen aus dem Bundeshaus ständig eine bestimmte Richtung bevorzugt, sollte es möglich sein, sich über gelegentliche Verärgerungen auszusprechen. Eine übergroße Empfindlichkeit gegenüber diesen Sendungen ist weder beim NWDR noch bei den politischen Kräften am Platz. Die Ausschnittsendungen bieten eine Möglichkeit die breiteste Öffentlichkeit über die parlamentarische Arbeit zu unterrichten; sie dienen damit der Entwicklung unserer Demokratie mit einer Wirksamkeit, die auf keinem anderen Wege gegeben ist.

Im Ältestenausschuß des Bundestages ist grundsätzliche Kritik an den vollständigen Übertragungen ganzer Bundestagssitzungen geübt worden, wie sie etwa bei der Debatte um den Wehrbeitrag und bei der Verabschiedung des Gesetzes zum Lastenausgleich gesendet wurden. Die Abgeordneten befürchteten, daß solche Übertragungen einen falschen Eindruck von der politischen Bedeutung extremistischer Vielredner vermitteln können, da der Hörer am Lautsprecher allein durch das Ohr nicht die volle Wirklichkeit der Bundestagsatmosphäre erfassen kann. Diese Bedenken verdienen es, ernsthaft erörtert zu werden. Sie dürfen aber die Weiterführung der Ausschnittsendungen nicht hemmen, die sich bewährt haben. Diese Sendungen sollten weder der Empfindlichkeit in politischen Kreisen, noch beim NWDR geopfert werden.

+ + +

Fortschritt in Genua

v. sch.-Rom, 10. Oktober

Die Abstimmungsprozedur auf italienischen Parteitag, vor allem für die Wahl des neuen Parteivorstandes, ist eigenartig und ganz verschieden von den anderen Ländern. Wenn nämlich die Debatte erschöpft ist, wird der Parteitag geschlossen. Dann erst werden die Delegierten aufgerufen und werfen ihre Stimmzettel in die Urnen. Sie können dann bleiben und die Resultate abwarten oder heimreisen und die Ergebnisse in den Zeitungen am nächsten oder übernächsten Tag oder sogar noch später, lesen. Im Januar dieses Jahres wurden nur die wichtigsten Abstimmungen in Bologna selbst nach 24 Stunden mitgeteilt, dann wurden die Stimmzettel, auf denen die Antworten auf mehr als ein halbes Dutzend Hauptanträge eingetragen waren, in versiegelten Paketen nach Rom geschickt, wo die Zählung noch weitere drei Tage in Anspruch nahm. Es scheint, daß man auch in Genua so wird verfahren müssen, nachdem an Ort und Stelle nach zehnstündiger Zählung wenigstens die Ergebnisse der wichtigsten Abstimmung bekanntgegeben worden sind; und zwar über die politische Schlußresolution, aus der sich dann die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes ergeben wird.

Während vier Tagen wurde um diese Schlußresolution gekämpft. Es gab vier Entwürfe, weil es eben vier sogenannte Richtungen gab. (In Bologna gab es deren fünf - immerhin ein gewisser Fortschritt). Von den vier Richtungen und Resolutionen gab es drei, die sich sachlich kaum voneinander unterschieden, denn sie stimmten alle grundsätzlich darin überein, daß die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie eine Wahlreform und ein solidarisches Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Christlich-Demokraten, den Liberalen und den Republikanern bei den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr erfordere. Nur die Linke wollte das nicht anerkennen und kämpfte verbissen für die Aufrechterhaltung der Beschlüsse von Bologna, also für die Beibehaltung des jetzigen Verhältniswahlsystems und für ein selbständiges, bindungsfreies Vorgehen der Partei bei den nächsten Wahlen.

Da die sachlichen Differenzen zwischen diesen drei Richtungen nur gering waren, wäre es nur logisch und vernünftig gewesen, wenn

sie sich auf einen gemeinsamen Wortlaut geeinigt hätten. Dieser Wunsch ist während der Debatte mehrfach laut geworden. Aber es kam doch nicht dazu. Die Gründe dafür zu nennen, führt so sehr ins Dickicht subtilster parteipolitischer Überlegungen, daß es sehr schwer wäre, dies für Menschen aus einem anderen Lande verständlich zu machen. So sind also drei Richtungen, die ungefähr das Gleiche wollen, mit drei getrennten Resolutionen, und damit auch mit drei getrennten Kandidatenlisten für den Parteivorstand, aufmarschiert. Aber unmittelbar vor der formellen Schließung des Parteitages gab es dennoch auf dem Vorstandspodium eine große Verbrüderungsszene, bei der sich Saragat und Romita, und dann auch der schnell hinzugeeilte Simonini umarmten und die Delegierten unter Tränen der Rührung die "Internationale" anstimmten... Nur die Linke, oder äußerste Linke, beteiligte sich an diesem Idyll nicht.

Vierundzwanzig Stunden später haben die Urnen ihr wichtigstes Geheimnis enthüllt. Nach dem Stimmenverhältnis für die Hauptresolutionen dürfte der künftige Parteivorstand von 21 Mitgliedern bestehen aus 7 Saragatianern, 6 Romitanern, 4 Simonini-Anhängern und 4 Vertretern der Linken. (Seit Bologna bestand er aus 11 Anhängern des linken Zentrums und der Linken und 10 Vertretern des rechten Zentrums und der Rechten, so daß das Verhältnis sich umgekehrt haben dürfte in 11 Rechts zu 10 Links).

Nach Bologna war Romita das Zünglein an der Wage, jetzt ist es Saragat. Er wird sicher zunächst versuchen, mit Romita und mit der Rechten den neuen Vorstand zu bilden. Aber was dann, wenn sich Romita, um nicht in eine Kampfstellung gegen den linken Flügel zu geraten, sich versagt? Wird dann Saragat - gegen seinen Willen und gegen seine bekundete Absicht - sich doch in einer Kampfabstimmung (11 gegen 10) mit Hilfe des rechten Flügels gegen Romita und die äußerste Linke zum Generalsekretär wählen lassen? Wird die pathetische Umarmungs-Schlussszene von Genua in einigen Tagen, wenn der neue Vorstand zusammentritt, wieder vergessen sein? Das wollen wir nicht hoffen, denn die grundsätzliche politische Übereinstimmung zwischen 80 Prozent der Delegiertenstimmen sollte eigentlich den Ausschlag gegen alle sonstigen taktischen Erwägungen geben,

Erfreuliche Offenheit

Im Augenblick grassiert die Krankheit der politischen "Mißverständnisse", soweit es sich nicht um ernste Differenzen handelt, die harmlos als Mißverständnisse getarnt sind. Wir haben das deutsch-französische Mißverständnis in der Saarfrage, das amerikanisch-französische Mißverständnis mit der von Pinay zurückgewiesenen Washingtoner Note wegen der amerikanischen Beanstandungen gegen die französische Verwertung der Rüstungshilfe, wir haben das amerikanisch-englische Mißverständnis über den Pazifik-Pakt zwischen den USA, Australien und Neuseeland.

Mißverständnisse haben zumeist ihren Ursprung in Unklarheiten. Deshalb ist es immer gut, wenn jemand klipp und klar sagt, was er denkt und es ist doppelt wertvoll, wenn ein Mann von der internationalen Geltung des britischen Außenministers so verfährt. Auf dem konservativen Parteitag in Scarborough hat er sich, nach einem dringenden Appell an Deutschland und Frankreich, eine Politik der Versöhnung zu treiben, gegen die Befürchtungen hinsichtlich einer deutschen Wiederbewaffnung mit den Worten gewandt:

"Laßt uns die Alternative betrachten, also einen Versuch, Deutschland nicht in den Westen einzubeziehen. Im Laufe der Zeit würde es ohne Rüstungslasten und ohne Besteuerung in unserem Ausmaß die Möglichkeit haben, auf dem Weltmarkt mit Vorteil aufzutreten".

Das ist derselbe Gedanke, dem Eden am 31. Juli im Unterhaus Ausdruck gab, als er in der Debatte über die Westverträge ausführte:

"Und das Haus möge daran denken, eine Nichtteilnahme der Deutschen an der Wiederaufrüstung würde bedeuten, daß sie als einzige der freien Nationen imstande wären, ihre volle Industriekapazität weiterhin in den Dienst des zivilen Bedarfs und des Exports zu stellen. Das würde die schon heute erschreckende und sich steigernde Konkurrenz auf allen Märkten gerade auf diesen Produktionsgebieten, z.B. der Metallindustrie, verschärfen, auf denen wir einen festgegründeten Ruf und, bis jetzt, volle Auftragsbücher besitzen. Diese Konkurrenz ist, wie das Haus sehr wohl weiß, schon jetzt eine ernste Angelegenheit".

Hier gibt es kein Mißverständnis. Das britische Motiv für den Wunsch nach einer deutschen Wiederaufrüstung ist von höchster verantwortlicher Stelle fixiert. Diese Offenheit ist viel erfreulicher, als der verschwenderische Aufwand an großen Worten, der heute im europäischen Bereich getrieben wird, ohne daß, in den meisten Fällen, die entsprechende großherzige Gesinnung dahinter stünde.

-u